

Bulgarien

Sonja Schüler

Im Rahmen ihres Kooperations- und Kontrollverfahrens fordert die Europäische Kommission weiterhin Reformen in den Schlüsselbereichen Justiz und Inneres ein, was für das immer wieder von politischen Korruptionsskandalen, ministerialen Rücktritten und Mafiaktivitäten erschütterte Land inzwischen finanzielle Konsequenzen in bedeutendem Umfang hat. Sozioökonomische Krisensymptome und politische Repräsentationsdefizite haben sich im Ergebnis der Europawahlen, aber auch in zunehmend aktiver gesellschaftlicher Selbstorganisation niedergeschlagen.

EU-Politik: Das Kooperations- und Kontrollverfahren der Europäischen Kommission

Im Juli 2008 veröffentlichte die Kommission einen neuen Bericht zu Fortschritten und Defiziten Bulgariens in den Bereichen Justizreform und der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie einen Bericht über die Verwendung der EU-Mittel. Die Kommission stellte klar, dass die auf der rechtlich-institutionellen Ebene vorgenommenen einschlägigen Reformen kaum konkrete Resultate hervorgebracht haben. Verantwortlichkeiten und Kompetenzen von Institutionen seien nicht eindeutig verteilt, die Ausbildung der Polizei ungenügend, EU-Fonds würden nicht korrekt verwaltet, es fehle politischer Handlungswille, auch zur Aufspaltung krimineller Netzwerke zwischen Politik und ökonomischen Interessengruppen.

Die Kommission benannte strukturelle Probleme, welche die Entwicklungspotenziale Bulgariens, dessen internationales Ansehen und auch die künftige Erweiterungspolitik der EU beeinträchtigen. Sie entschied, zwei nationalen Agenturen, welche Ressourcen aus Heranführungsfonds verwalteten, die Zulassung zu entziehen und die Infrastrukturfinanzierung auszusetzen. EU-Ressourcen aus den Vorbeitrittsprogrammen PHARE, ISPA und SAPARD in Höhe von mehr als 800 Mio. Euro wurden gesperrt.

Beide Berichte und die damit verbundenen Maßnahmen kamen einer Ohrfeige für die angeschlagene Regierung gleich, die sich im politischen Spektrum einem erstarkenden bürgerlich-liberalen Lager gegenüber sah, zahlreiche Misstrauensvoten überstehen musste und nun weiter an Vertrauen einbüßte. Im Vorfeld war die Regierung durch einen Bericht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) über den Missbrauch von EU-Mitteln durch ein mafiotisches Netzwerk mit guten politischen Kontakten unter zusätzlichen Druck geraten. Im August kündigte die für die Koordinierung und Kontrolle der Verwendung der EU-Gelder zuständige Vize-Premierministerin Plugciewa einen neuen Aktionsplan sowie den unterstützenden Einsatz deutscher Experten an. Noch im Jahre 2008 liefen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in wichtigen Fällen der Veruntreuung von Fördermitteln der Union an. Fast zeitgleich löste der rätselhafte, offiziell als Selbstmord bezeichnete Tod des Chefs des Kabinetts von Ahmed Dogan, dem Vorsitzenden der Partei Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), Spekulationen aus, die sich auch auf Verstrickungen dieser Partei und ihrer Führungsfigur in ökonomische Aktivitäten und Korruption bezogen.

In ihrem Zwischenbericht vom Februar 2009 monierte die Kommission erneut, dass trotz einiger Teilerfolge wie erster Schritte der Staatsanwaltschaft, des Justiz- und des Innenministeriums zur Einleitung einer Struktur- und Rechtsreform der Nachweis einer funktionsfähigen Justiz durch Anklageerhebungen und Verurteilungen in Fällen der Korruption und der organisierten Kriminalität noch nicht erbracht sei. Die Kommission gab bekannt, dass der Sommerbericht eine detaillierte Beurteilung des Erreichten einschließlich einer Stellungnahme zur Verwendung der EU-Fonds enthalten werde. Mitte Februar 2009 beschlossen die Leitungen der Regierungsparteien die Erarbeitung eines neuen Aktionsplans, welcher Maßnahmen in den Bereichen Justiz und innere Ordnung enthalten sollte.

Ende 2008 hat Bulgarien 220 Mio. Euro aus dem PHARE-Programm unwiederbringlich verloren – ein Novum in der Union. In großen Korruptionsfällen, die beispielhaft für die Verflechtungen zwischen hochrangiger Politik und wirtschaftlichen Interessengruppen stehen, sind noch keine Gerichtsurteile gefallen. Die Verhängung einer Schutzklausel bleibt eine realistische Perspektive.

Wirtschaftliche Aspekte: Konsolidierung und sozioökonomische Krisensymptome

Die Kooperation mit Weltbank und IWF, strukturelle Reformen und Privatisierung haben zu makroökonomischer Stabilisierung beigetragen. Bulgarien erfüllt vier der fünf Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion. Das Bankensystem und die öffentlichen Finanzen sind stabil; das Land verzeichnete bis 2008 Wachstumsraten von über 6%.

Verluste in dreistelliger Millionenhöhe bescherte der von russischen Erdgaslieferungen abhängigen bulgarischen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2009 die Gaskrise mit einem Lieferstop. Die Krise hat die politische Debatte um die Wiederinbetriebnahme des dritten Reaktors des Kernkraftwerks Kozlodui angestoßen. Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Erwerbslosenquote auf 7,04% im April 2009 gestiegen. Im Frühjahr wurde seitens des Verbands der unabhängigen Gewerkschaften sowie der bulgarischen Wirtschaftskammer für das laufende Jahr eine Entlassungswelle prognostiziert, die Ende 2009 zu einer Arbeitslosenquote in zweistelliger Höhe führen könne. Am schwersten werde die Krise die Baubranche treffen. Die Stilllegung des Stahlwerks Kremikovtzi koste zusätzlich 6000 Arbeitsplätze. Seit Anfang 2009 habe die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen deutlich abgenommen. Dies bringe die Tätigkeit des Nationalen Sozialversicherungsinstituts in Gefahr. In den ersten drei Monaten 2009 flossen 344 Mio. Leva weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2008 in das Haushaltsbudget – ein Rückgang von 5%. Auch der Haushaltsüberschuss schrumpfte massiv. Zudem wird die wirtschaftliche Entwicklung durch Korruption und eine schwerfällige Bürokratie gehemmt.

Zu den Anfang Februar 2009 durch die Regierung getroffenen Krisenmaßnahmen gehören die Schaffung von 50.000 neuen Arbeitsplätzen, ein zusätzliches Investitionsprogramm in Höhe von 700 Mio. Leva, die Bereitstellung eines Kreditfonds für kleine und mittlere Unternehmen, verstärkte Investitionen in Energiewirtschaftsprojekte und die Gewähr zusätzlicher Mittel zur Erhöhung der Renten.

Bulgarien ist der ärmste Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Bruttoinlandsprodukt und Durchschnittseinkommen liegen nach wie vor weit unter dem Durchschnittsniveau der Europäischen Union. Mittelfristig ist kein merklicher Anstieg des Lohnniveaus zu erwarten, obgleich sich die Lebenshaltungskosten in jüngster Vergangenheit erheblich verteuert

haben. Diskrepanzen zwischen vorhandenen Ordnungsstrukturen und rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen und deren Funktionieren sind allgegenwärtig. Das Verarmungsrisiko sozial schwacher Bevölkerungssegmente wird durch die staatlichen Sicherungssysteme nicht kompensiert; eine offene Schere trennt Arm und Reich. In Anbetracht des erwarteten Anstiegs der Erwerbslosenzahlen, unsicherer Zukunftsperspektiven, ungünstiger Lohnprognosen und einer verbreitet als inadäquat erachteten Sozialpolitik der Regierung zeigen sich Tendenzen einer Zunahme gesellschaftlicher Krisenängste.

Die Verantwortung für die wahrgenommenen Missstände einschließlich der beinahe täglich in Medien präsenten Korruptions- und Selbstbereicherungsskandale wird primär bei den nationalen politischen Akteuren gesehen. Breite Teile der Bevölkerung beklagen, dass die Regierung die sich durch den EU-Beitritt bietenden Chancen nicht nutzt, fühlen sich durch keine Partei in ihren Interessen vertreten und haben deutliche Zweifel an ihren faktischen Einflussmöglichkeiten auf politisches Handeln. Im Zentrum verbreiteter Kritik stehen eine fehlende gesellschaftliche Verankerung der Parteien und eine übermäßige, missbrauchte Machtkonzentration in den Händen der Parteispitzen.

Europawahlen und gesellschaftliche Selbstorganisation

Die gesellschaftlichen Enttäuschungen und Ängste und die Legitimitätsdefizite politischer Akteure und Institutionen, die mit Forderungen nach einer „starken Hand“ einhergehen, weiß aktuell der Sofioter Oberbürgermeister und informelle Chef der Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung in Bulgarien“ (GERB), Boiko Borisov, zu nutzen.

Borisov wird ungeachtet seines persönlichen Hintergrundes und des Hintergrundes zahlreicher Parteifreunde im alten Establishment weithin als charismatischer, durchsetzungsfähiger Mann des Volkes wahrgenommen, der Missstände offen anprangert und in der Lage ist, seine Versprechungen der Bekämpfung von Korruption, organisierter Kriminalität und sozialer Ungerechtigkeit umzusetzen. Die junge, auf der nationalen Ebene noch außerparlamentarische Partei ist Mitglied der Europäischen Volkspartei und seit 2007 auf der Gemeindeebene stark vertreten. Sie tritt auf einer liberal-konservativen Grundlage auf. Bei den Wahlen zum Europaparlament vom Juni 2009, die als „Testlauf“ für die im Juli anstehenden Parlamentswahlen galten, verbuchte GERB bei einer im Vergleich zu den Europawahlen 2007 deutlich gestiegenen Beteiligung (knapp 39%) einen erwarteten Sieg. Sie erhielt erneut fünf Mandate und im Vergleich zu 2007 viele zusätzliche Stimmen.

Die gesellschaftliche Unzufriedenheit mit der amtierenden Regierung sowie eine damit einhergehende zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems spiegeln sich im Gesamtergebnat wider. Neben GERB konnten weitere, teils neue Oppositionsparteien zufriedenstellende bis gute Resultate verzeichnen. Dazu gehören die radikal-nationalistische, euro-skeptische ATAKA (12%, zwei Mandate), das erstmals bei Europawahlen angetretene bürgerliche Bündnis „Blaue Koalition“ (7,9%, ein Mandat) und die von dem bereits wegen Steuerhinterziehung angeklagten Geschäftsmann Hristo Kovacki unterstützte Partei LIDER (5,7%, ohne Mandat). Die an der regierenden Dreierkoalition beteiligten Sozialisten (BSP) mit 18,5% und vier Mandaten und die unerwartet starke „Zarenpartei“ NDSV unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Simeon II (8%, zwei Mandate) mussten im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 2005 erhebliche Verluste hinnehmen. Die Bewegung für Rechte und Freiheiten als dritter Regierungspartner und faktische politische Präsenz der ethnisch türkischen und muslimischen Bevölkerung erhielt 14,1% und drei Mandate, verlor somit ein Mandat im Vergleich zu 2007, konnte aber ihren proportionalen Stimmenanteil im Vergleich zu 2005 steigern.

In Kontinuität zu vorausgegangenen Wahlen wurden auch die Europawahlen durch zahlreiche Berichte über die Praxis des „Stimmenkaufs“ bzw. über die Beeinflussung des Wahlergebnisses durch ökonomische Abhängigkeiten, Korruption, Klientelismus und Einschüchterung überschattet.

Jenseits der politischen Sphäre sind insbesondere innerhalb der jüngeren Generationen gegenwärtig Ansätze einer Entwicklung hin zu aktiv partizipatorisch orientierten Einstellungen und Verhaltensmustern spürbar. Teils neue gesellschaftliche Organisations- und Protestformen insbesondere im Bereich Naturschutz dienen zunehmend als „Ventil“ für weiterführende Kritik an allgemeinen Missständen. Durch rechtliche Schritte, Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyismus und öffentlichen Protest setzen sich etwa Umweltschützer in nationaler wie internationaler Zusammenarbeit für den Schutz der Nationalparks und den Einsatz alternativer Energieformen ein und haben dabei Erfolge verbucht. Ihr Engagement geht mit Forderungen nach demokratischen Mechanismen, nach Rechtsstaatlichkeit und der Kontrollierbarkeit sowie sozialer Verantwortung politischer Eliten einher. Aus Naturschutzvereinigungen ist 2007 eine neue grüne Partei entstanden.

Außenpolitik

Als Mitglied in EU und NATO ist Bulgarien zum Partner der euro-atlantischen Kooperation geworden. Der Schwarzmeer-Anrainerstaat nimmt innerhalb der Balkanregion als EU-Außengrenze sowie auch über die Region hinaus eine wichtige geopolitische und ökonomische Brücken- und Transitfunktion zwischen dem EU-Bereich, dem Nahen Osten und Zentralasien ein.

Der Staat definiert sich als Stabilitätsfaktor für die westliche Balkanregion, hat die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt und unterstützt die Intensivierung der Zusammenarbeit der Schwarzmeer-Staaten auch im Rahmen internationaler Kooperationsinitiativen wie der Schwarzmeersynergie der EU. Außenpolitische Interessen und Ziele liegen in der Mitarbeit an einer Agenda für regionale Sicherheit sowie in der Unterstützung der Reform- und Demokratisierungsprozesse auch in der erweiterten Schwarzmeerregion zur Ermöglichung der Ausweitung der Strategien und Instrumente der Europäischen Union nach Osten. Dementsprechend und im Rahmen grenzüberschreitender Pipelineprojekte zielt die Außenpolitik auch auf die Intensivierung der Kontakte zu kaukasischen und zentralasiatischen Staaten. Auch die Intensivierung der Beziehungen zu Russland – mit energiepolitischem Schwerpunkt – sowie der auf sicherheitspolitische Kooperation fokussierenden Beziehungen zu den USA sind außenpolitische Prioritäten. Bulgarien, seit 2003 Mitglied der von den USA geführten Koalition zur Stabilisierung des Irak, hat im Dezember 2008 den Abzug seiner Truppen abgeschlossen.

Die mit der strategischen Lage des Landes einhergehende Erfordernis der Berücksichtigung von und des Ausgleichs zwischen Eigeninteressen und zahlreichen, in ihren Interessen teils stark divergierenden Staaten der Balkanregion, zwischen den Schlüsselstaaten Türkei und Russland sowie zwischen der euro-atlantischen Gemeinschaft stellt für Bulgarien eine außenpolitische Herausforderung dar, welche eine aktivere Förderung der regionalen wie überregionalen Kooperation hemmt.

Weiterführende Literatur

Georgiev, Plamen K.: *Corruptive Networks in South East Europe. A Bulgarian Perspective*. Friedrich Ebert Foundation, Office Sofia, June 2009.

Kanev, Dobrin: *The 2009 European Parliament Elections in Bulgaria: Parties, Campaigns, Consequences*. Bulgaria, Reports 4/2009. Friedrich Ebert Foundation, Office Sofia, June 2009.